

Bestätigtes Protokoll

öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.06.2008
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	22:15 Uhr
Ort, Raum:	Bezirksamt Pankow von Berlin, 10400 Berlin, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal
Anwesenheit:	Siehe Liste

0.) Begrüßung und Eröffnung

Die Sitzung wurde um 19:30 Uhr vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Wolfram Kempe, eröffnet.

zu 1 Abstimmung über die Tagesordnung

Herr Ausschussvorsitzender Kempe informiert den Ausschuss, dass die Fraktion der SPD die Erweiterung der Tagesordnung um einen Punkt begehrt.

Herr Bezirksverordneter Schröder erklärt, dass seine Fraktion die Aufnahme eines TOP „Kastanienallee PB“ beantragt und einen entsprechenden Antrag einreicht. Grundlage seien mögliche Unstimmigkeiten zwischen mündlichen Aussagen von Herrn Bezirksstadtrat Kirchner und der Antworten auf die Kleine Anfrage 313/IV. Die Behandlung soll ca. 30 Min. beanspruchen.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe schlägt vor, dass falls der Ausschuss der Änderung zustimmt, der Punkt als TOP 5a aufgenommen wird.

Der geänderten Tagesordnung wird bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

zu 2 Protokollkontrolle (5 min)

entfällt

zu 3 Bericht aus dem Bezirksamt (20 min)

Der schriftliche Bericht von Herrn Bezirksstadtrat Kirchner liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Nachfragen:

Herr Bürgerdeputierter Lämmer fragt nach, warum der Streik des Ordnungsamtes keine Erwähnung fand und ob das Bezirksamt Auskünfte über eventuelle Einnahmeausfälle bzw. Kosten für den Bezirk erteilen kann.

Herr Bezirksstadtrat Kirchner erklärt, dass es Ordnungsamtsmitarbeiter gab, die ihr Recht auf Streik wahrgenommen und sich ordnungsgemäß abgemeldet haben. Die möglichen Einnahmeausfälle sind bisher nicht abschließend geklärt, aber sie summieren sich mit der Zeit.

Herr Bezirksverordneter Kraft fragt nach, welche Ergebnisse für die veranlasste Zählung bezüglich des FGÜ Pankgrafestraße vorliegen.

Herr Bezirksstadtrat Kirchner erwidert, dass die Zählung in der Arbeitsgruppe beschlossen wurde. Die Sitzung hat aber erst am 02. Juni 2008 stattgefunden.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe fragt nach, ob die Informationen zutreffen, dass der Kreuzungsbau Gleimstr./Sonnenburger Str. schon einmal vorgestellt wurde und die Planung von dem entsprechenden QM-Beirat im Jahre 2006 abgelehnt wurde. Und aus welchen Gründen der Ausschuss diese Information im Zuge der aktuellen Vorstellung der Maßnahme nicht erhalten hat.

Herr Lexen erwidert, dass der QM-Beirat entlassen sei. Dieser konnte über Verteilung von Mitteln selbständig entscheiden. Bei der Vorstellung der BM in 2006 traf der Beirat die Aussage, dass der Knotenpunkt diesen finanziellen Aufwand wert sei, die Mittel wurden dennoch anderweitig verwendet.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe fragt nach, ob die Mittel für BM nunmehr aus einem anderen „Topf“ bereitgestellt werden. Herr Lexen bejaht dieses.

zu 4 Personalsituation Lebensmittelaufsicht (15 min)

Herr Bezirksstadtrat Kirchner erläutert die derzeitige Personalsituation, die die BVV und das Bezirksamt schon länger beschäftigt. Die Verhandlungen mit dem Senat (Staatssekretär Hoff) über die Weiterbeschäftigung der drei im Bezirksamt ausgebildeten ZA-Beamten gestalten sich schwierig; der Senat werfe dem Bezirksamt fehlende Personalplanung vor. Das jetzige Problem sei, dass das Bezirksamt sehen müsse, wie es nach April 2008 weitergeht.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe teilt mit, dass den Ausschussmitgliedern ein Antragsentwurf inkl. Risikobewertung zugegangen ist. Er zitiert aus dem Auditbericht „Die EU Verordnung ist direkt geltendes Recht. Die personellen Mittel müssen zur Verfügung gestellt werden,“. Bereits in den Haushaltsberatungen 2008/2009 hatte der Ausschuss diese Personalposition eingebracht, aber keine Mehrheit gefunden.

Herr Bezirksverordneter Bechtler erklärt, er könne sich an die Diskussionen daran erinnern. Er folge dem Ansinnen, erwarte die Initiative aber vom Bezirksamt im Rahmen der Haushaltsdurchführung.

Herr Bezirksverordneter van der Meer erklärt, dass alle die Handlungsspielräume des Bezirksamtes kennen sollten. Man sollte intensiver darüber nachdenken, wie der Senat angesprochen werden kann. Es sei nicht „Dämlichkeit“ des Bezirksamtes, da auch noch weitere 3,3 Mio. Euro eingespart werden müssen. Das Ansinnen des Antrages ist politisch richtig.

Herr Bezirksstadtrat Kirchner erklärt, dass er einen entsprechenden Antrag des Ausschusses begrüßen würde.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 15 Ja, damit einstimmig

zu 5 Ergebnis der Neuplanungen Oderberger Straße (30 min)

Die derzeitige Beschlussempfehlung wird den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Herr Bezirksstadtrat Kirchner informiert den Ausschuss, dass es an der Beschlussempfehlung noch kleine redaktionelle Änderungen geben wird und daher die Entscheidung im BA auf den

nächsten Dienstag verschoben wurde. Er erläutert den Werdegang der geplanten Maßnahme und weist auf die lange Planung und Einbeziehung der BIOS und der Betroffenenvertretung hin. Wesentlichen Einfluss auf die Planung waren z.B. der Workshop Anfang Februar und die Vorort-Begehung. Gemeinsam mit der BIOS, S.T.E.R.N. und dem beauftragten Planungsbüro wurden die Planungen detailliert überarbeitet. Am 05.06.2008 hat die BIOS dem vorliegenden Entwurf zugestimmt.

Herr Zech (Grebner Ruchay Verkehrsplanungs GmbH) erläutert die technischen Details der Baumaßnahme. Derzeitiger Querschnitt: Gehwege 9,00m, Fahrbahn 5,00m breit und senkrechtes Parken 5,50m.

Die Planung für den Abschnitt Eberswalder/Schwedter Str. wird von der Senatsverwaltung übernommen.

Planung: Die Straßenbeleuchtung wurde geändert, nunmehr wird ein zeitloses „Design“ verwendet. Von West-Ost: Fahrbahneinengung auf 5,50m. Längsparken wird damit unterbunden. Auf der Gehwegfläche erfolgen NeuDie Fahrbahn wird auf 5,50m verbreitert. Die Gehwege auf 9,75m.

Weiter östlich (Feuerwehr) wird die Vorstreckung um einen Stellplatz nach Osten verschoben. Auf dem Gehweg werden Grünflächen mit Aufenthaltsbereich kombiniert. Auf der gegenüberliegenden Seite ist eine 13m breite Gehwegvorstreckung geplant. Diese eignet sich gut für die Platzierung von mobilen Pflanzenkübel und Radbügel.

Am Eingang Hirschhof werden die großen Beetbereiche beibehalten.

An der Ecke Kastanienallee ist eine Verlängerung der Gehwegvorstreckung geplant. Es werden neue Bäume gepflanzt.

Vor dem Stadtbad ist ein Stadtplatz für den Aufenthalt und z.B. Veranstaltungen vorgesehen.

Zusammenfassend:

- Grundhafte Erneuerung Fahrbahn - Asphalt
- Neuherstellung Gehwege - Granitplatten / Mosaikpflaster
- Beibehaltung der historischen Bordachsen und Baumachsen
- Erhaltung historischer Spuren in einzelnen Teilbereichen der Gehwege
- Herstellung von Gehwegvorstreckungen / Plätzen in 10 Bereichen (+4 zu Bestand)
- Erneuerung Straßenbeleuchtung
- 237 Stellplätze (- 40 zu Bestand)
- Einbau 88 Fahrradbügel (+39 zu Bestand)
- Neupflanzung von ca. 10 Bäumen

Herr Ausschussvorsitzender Kempe teilt mit, dass Vertreter der BIOS anwesend sind und fragt diese, ob sie sich zu den Planungen und den Ergebnissen mitteilen möchten.

Ein Vertreter der BIOS erklärt, dass es zwar ein langer aber auch fairer Planungsprozess war. Die jetzige Planung spiegelt das Meinungsbild aus der Umfrage in der Oderberger Str. wider. Es sei erfreulich, dass die Aufenthaltsqualität gesteigert wurde. Für die BIOS könne er sagen, dass sie mit aller Leidenschaft für diesen Plan sprechen.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe erklärt, dass es gut wäre, wenn der Ausschuss am heutigen Abend ein Votum abgeben würde.

Herr Bezirksverordneter Rüdiger fragt das BA, ob die BIOS auch in die Ausgestaltung der Aufenthaltsräume einbezogen werden wird.

Herr Bezirksstadtrat Kirchner bejaht dieses und erklärt, dass die BIOS auch in den Bauablauf einbezogen werden wird. Die Pflegeverträge für die Beete etc. müssten auch noch besprochen werden.

Herr Bezirksverordneter Kraft erklärt, dass es eine gute Planung sei, aber es sei bedauerlich, dass wieder die Anzahl von Stellplätzen reduziert wird. Er fragt das BA, was unter beengtem Parken zu verstehen sei und ob der Begegnungsfall von Fahrzeugen der Feuerwehr/Rettungsdienst mit entgegenkommenden Kfz oder illegal abgestellten Fahrzeugen an Querungen bedacht wurde.

Ferner merkt er an, dass die Baukosten je qm ca. 150 Euro betragen dürften und fragt nach wie hoch die Kosten je qm bei z.B. der Pasewalker Str. seien.

Herr Bürgerdeputierter Brückner fragt nach, ob car-sharing angedacht ist.

Herr Zesch erläutert, dass beengtes Parken bedeute, dass die Abmarkierung je Stellplatz in der Breite reduziert wird. Er denke, dass dieses bei niedrigem Umschlag nicht notwendig sein wird. Car-sharing sei noch nicht angedacht, da die BM erst einmal durchgeführt werden muss.

Herr Bezirksstadtrat Kirchner erklärt, dass der Begegnungsfall bei einer 4,50m breiten Straße nicht eintritt, da bei solch enger Fahrbahnbreite keine Fahrzeuge parken werden. Zu den Kosten erklärt er, dass historische Granitplatten verwendet werden, die Beschaffung gestalte sich nicht sehr leicht. Auch rechne man mit höheren Kontaminationen.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe fragt den Ausschuss, ob die Möglichkeit der Schaffung von beengtem Parken in das Votum einfließen soll.

Herr Bezirksverordneter Bechtler erklärt, dass durch das beengte Parken zwar die Durchlässigkeit für Fußgänger etc. sinke, die Fraktion der Grünen die Planung und den Vorschlag mittragen wird.

Herr Bezirksverordneter Kraft fragt nochmals nach, wie hoch die Baukosten je qm in der Pasewalker Str. sind.

Herr Bezirkstadtrat Kirchner erwidert, dass er die Zahlen nicht im Kopf habe, diese aber morgen nachreiche.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe stellt die Planung mit den Anmerkungen zur Abstimmung.

Abstimmung: 13 Ja, 0 Nein, 2 Enthaltungen

zu 5.1 Kastanienallee PB

Herr Bezirksverordneter Schröder gibt Kopien der KA 313 und den Antrag der SPD an die Mitglieder des Ausschusses aus. Die Kleine Anfrage sei am 04.06.2008 nach der Bürgerversammlung gestellt worden. Hintergrund sei, dass vermittelt wurde, dass Änderungen an den Planungsunterlagen möglich sei. Auch konnte man davon ausgehen, dass dem Ausschuss das „Ergebnis“ noch einmal vorgetragen wird, da die letzte Vorstellung kritisch und kontrovers besprochen wurde. Dass die BPU zum 30.06.2008 eingereicht wird, war dem Ausschuss in dieser Form nicht bekannt.

Bei der Bürgerversammlung waren mehrere Vertreter der SPD Fraktion anwesend, als mitgeteilt wurde, dass Änderungen möglich sind. Die Antwort auf die KA besagt genau das Gegenteil.

Auch gab es seitens des Ausschusses bisher keine Beschlussfassung. Es werde aus einem Vorwurf eine BPU erstellt, was völlig dem vereinbarten Verfahren bei BM widerspricht. Diese Handlungsweise sei so nicht hinnehmbar und die Fraktion fühlt sich getäuscht. Wichtig sei, dass die Bürger mehr einbezogen und informiert werden.

Herr Bezirksstadtrat Kirchner erklärt, dass Lob und Kritik nah bei einander liege. Er weise zurück, dass er den Ausschuss falsch oder nicht informiert habe. Er habe den Ausschuss sehr oft informiert und mitgeteilt, dass der Gestaltungsspielraum bei dieser BM recht gering sei. Auch habe er gebetsmühlenartig auf den 30.06. verwiesen. Daraus nun zu verstehen, dass Änderungen möglich seien, ist unlogisch. Die Senatsverwaltung hat das BA aufgefordert am 30.06. die BPU einzureichen, dieses sei dem Ausschuss bekannt. Die Planungsunterlagen wurden ordnungsgemäß ausgelegt, nur 7 Bürger haben die Auslegung zur Information genutzt. Was richtig sei, ist, dass gemäß BVV-Beschluss eine Abwägung der Situation für Fußgänger und Radfahrer erfolgt ist. Auch dass die Parkplatzsituation strittig war. Einig war man sich doch aber, dass der ÖPNV barrierefrei gestaltet werden muss und beschleunigt wird.

Frau Bezirksverordnete Tharan erklärt, dass diese BM schwieriger ist, als die BM Oderberger Str. (Straßenbahn etc.). Bei der Bürgerversammlung gab es Bürger, die sich für mehr Parkplätze ausgesprochen haben, manche für weniger Parkplätze und mehr grün. Die Planung ist ein guter Kompromiss. Eine Beteiligung in Form von z.B. einem Workshop sei möglicherweise nicht angebracht worden, da diese BM wesentlich weniger Gestaltungsspielraum bietet. Sie zitiert (aus Protokoll) die Aufgabenstellung des beauftragten Büros; Herr Franken hatte damals erklärt, dass sein Büro mit der Bearbeitung bis BPU beauftragt sei.

Sie finde es befremdlich und weise zurück, dass Herr Bezirksstadtrat Kirchner den Ausschuss getäuscht haben soll.

Herr Bezirksverordneter Bechtler erklärt, dass es eine umfangreiche Planung sei. Auch sei es nicht neu, dass über die Planungen gesprochen wird. Er fragt nach, was passiert, wenn die BPU nicht eingereicht werden würde, obwohl die Senatsverwaltung diesbezüglich Druck macht. An die Fraktion der SPD richtet er die Frage, warum diese Thematik nicht vorher als TOP eingereicht habe. Herr Bezirksverordneter Schröder müsse als Stadtplaner den Unterschied bei der Planung von Hauptstraßen kennen.

Herr Bezirksverordneter van der Meer erklärt, dass er den Eindruck habe, dass man aneinander vorbei diskutiere. Dass Unterlagen fertig gestellt sind, heißt nicht, dass sie eingereicht werden müssen. Er könne nicht nachvollziehen, dass der Ausschuss Vorschläge und Änderungen einbringen soll und über den weiteren Verlauf aber nicht informiert wird. Es sei nicht vertretbar, den Ausschuss diesbezüglich zu täuschen; zu suggerieren, dass z.B. bei den Parkbuchten noch Dinge änderbar wären etc.. Das BA soll sagen was Sache ist und nicht sagen, dass sie Vorstellungen des Ausschusses umsetzen, wenn diese dann doch nicht umgesetzt werden. Diese Art verdiene eher die rote Karte.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe fragt nach, welche Konsequenzen zu erwarten seien, wenn die BPU nicht zum 30.06.2008 eingereicht wird.

Herr Lexen erklärt, dass Misstrauen hier fehl am Platz sei. Es sei eine Unverschämtheit, dass behauptet wird, das BA habe den Ausschuss getäuscht. Das BA muss bei der Senatsverwaltung eine Bausumme einreichen, die veranschlagten 1,6 Mio. seien schon das Maximum, damit könnten auch die Anregungen eingebracht werden. Natürlich könne man auf die Alternative zurückfallen, dann wird die BM billiger, aber auch weniger gestaltbar. Es wurde der maximale Umbau vorgestellt, Änderungen sind dann noch möglich.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe fragt noch einmal, welche Konsequenzen zu erwarten seien, wenn die BPU nicht zum 30.06.2008 eingereicht wird.

Herr Bezirksstadtrat Kirchner erwidert, dass er dieses nicht wüsste. Man könnte aber die Thematik noch einmal im Ausschuss bearbeiten, z.B. Verkehrssicherheit versus Radsicherheit.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe erklärt, dass hier über das vereinbarte Verfahren gesprochen wird und den möglichen Diskrepanzen zwischen Aussagen und der Antwort der KA. Er empfiehlt kein Votum herbeizuführen. Auch ändere der „Druck“ des Senates nichts an dem vereinbarten Verfahren. Die Beteiligten können versuchen, das Verfahren zu heilen.

Herr Bürgerdeputierter Lämmmer erklärt, dass er bis zum heutigen Abend geglaubt habe, dass das Verfahren eingehalten wird. Planung, dann Votum und dann Bürgerversammlung. An dem Abend der Bürgerversammlung habe sich das BA auch anders geäußert als es heute Abend geschieht. Er habe den Eindruck, dass die Bürgerbeteiligung bei dieser BM nicht so ernst genommen wird. Wenn keine Auskunft über Konsequenzen des Nichteinreichens gegeben werden können, dann sollte eine Verschiebung möglich sein.

Frau Bezirksverordnete Tharan schlägt vor, dass das BA aufgefordert wird, sich beim Senat für eine Verschiebung um zwei Wochen einzusetzen und der Ausschuss sich bis dahin noch einmal mit der Thematik beschäftigen kann. Auch widerspreche nochmals den Ausführungen im Antrag der SPD, dass der Ausschuss getäuscht wurde und dass die Bürger schlecht informiert werden.

Herr Bezirksverordneter Schröder erklärt, dass die Widersprüche aus der Diskussion heraus nicht geklärt sind. Die Behauptung des Bezirksstadtrates, der Ausschuss habe der Planung zugestimmt, sei falsch. Es ist kein Votum erfolgt. Auch sei es unrealistisch innerhalb von zwei Wochen

eine Bürgerversammlung abzuhalten und eine Behandlung im Ausschuss. Daher plädiere die SPD für ein größer angelegtes Verfahren.

Herr Bezirksverordneter Bechler fragt das BA, wie viel Vorlauf für ein größeres Verfahren einzurechnen sei.

Herr Bezirksstadtrat Kirchner erwidert, dass von 4 bis 5 Monaten auszugehen sei. Er weist darauf hin, dass bei dieser BM mehr Beteiligte einzubeziehen sind.

Herr Schröder erklärt, dass seine Fraktion ihren Antrag auf die ersten drei Absätze ändert, aber an dem geänderten Antrag festhält.

Herr Bezirksverordneter Bechler merkt an, dass in dem Antrag „....analog zum Verfahren der Oderberger Str.“ steht, dieses sei nicht möglich, da die Gegebenheiten völlig unterschiedlich seien.

Herr Bezirksstadtrat Kirchner erwidert, dass er diesen Punkt als unproblematisch ansehe.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe stellt folgenden geänderten Antrag zur Abstimmung:

„Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz möge beschließen:

Betreff: Kastanienallee

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz fordert den zuständigen Stadtrat auf die Planungen zum Umbau der Kastanienallee im Ortsteil Prenzlauer Berg mit sofortiger Wirkung anzuhalten.

Der zuständige Stadtrat wird aufgefordert, die in der Erarbeitung befindlichen Bauprüfungsunterlagen nicht bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einzureichen.

Dem Bezirksamt wird empfohlen, den Planungsprozess für die Kastanienallee neu aufzulegen. Dabei ist die Bevölkerung in einem umfassenden Beteiligungsverfahren – analog zum Verfahren in der Oderberger Straße - in den Planungsprozess einzubeziehen und die Planungen für die Kastanienallee entsprechend zu ändern.“

Abstimmung: 12 Ja, 0 Nein, 3 Enthaltungen

zu 6 Zwischenbericht Studie zum Ruhenden Verkehr (50 min)

Herr Bezirksstadtrat Kirchner erklärt, dass der Zwischenbericht den Mitgliedern des Ausschusses per eMail zugesandt werden wird.

Der Vertreter des beauftragten Büros erläutert die Grundlagen der Studie. Neben der Aufgabenstellung informiert er den Ausschuss über die ersten Ergebnisse und die einzelnen Grundlagen.

Derzeit erfolgt die Auswertung der Kfz-Kennzeichen um dann besser analysieren zu können, wer die „Verursacher“ sind (Bewohner, Besucher etc.)

Herr Ausschussvorsitzender Kempe fragt nach, ob Parkplätze mit weniger als 25 Stellplätzen nicht einfließen würden.

Herr Heinrichs bejaht dieses. Die Einbeziehung von kleineren Parkplätzen wäre zu aufwendig und daher wurde vorher diese Grenze abgesprochen.

Herr Bezirksstadtrat Kirchner erklärt, dass er vertiefende Hinweise des Ausschusses gerne dem beauftragten Büro zukommen lassen würde. Die Vorlage wird am Mittwoch an die Ausschussmit-

glieder versandt und dann können bis zum 02.07.2008 Vorschläge und Hinweise mitgeteilt werden.

Herr Bezirksverordneter Rüdiger empfiehlt, den Bericht erst an die Ausschussmitglieder zu senden, wenn die Zählung eingearbeitet sei.

Herr Heinrichs erwidert dass die Analyse und Aufarbeitung erst im August beendet sein wird.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe teilt mit, dass bis zum 02.07.2008 Hinweise systematischer Natur direkt an das BA gerichtet werden können

zu 7 Sonstiges

Es gibt keinen Redebedarf.

Herr Ausschussvorsitzender Kempe schließt um 22:10 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Öffentliche Ordnung, Verkehr und Verbraucherschutz.

gez. Leila Bouziane
Schriftführerin